

# Politik mit Gott

**Befördern die Glaubensbekenntnisse von Ministern die Herrschaft der Religion? Nein, denn Gott verschwindet nicht aus der Politik, wenn er Teil der Gesellschaft ist.**



Helmut Ortner hat recht mit dem, "was er über Religion im öffentlichen Raum schreibt.":<http://www.theeuropean.de/helmut-ortner/8738-zusammenspiel-von-religion-und-staat> Ja, wir sind ein Verfassungsstaat und ja, wir sind ein säkularer Staat. Und nun kommt das Aber: Kein Gemeinwesen existiert in einem einspurigen, linearen Sinn. Es gibt eine Vielzahl von Gruppen und Verbänden in einer Gesellschaft. Ihre Identifikationsmerkmale sind vielfältig. Von der regionalen

Zugehörigkeit, einer dialektalen Färbung, der Leidenschaft, mit der bestimmten Hobbys (Karneval, Segeln) gefrönt wird und eben auch eine bestimmte religiöse und konfessionelle Zugehörigkeit. Die einzelnen Glieder einer Gesellschaft entscheiden selbst, welche Merkmale sie für die Beschreibung ihrer selbst und der Gruppen, denen sie angehören, gelten lassen wollen. Und so gibt es Politiker, die eine religiöse Formel im Eid für sich in Anspruch nehmen wollen oder Lehrerinnen muslimischen Glaubens, die ein Kopftuch tragen möchten.

### **Religion ist ein starkes Movens**

Den Menschen, die in Gruppen und nach Interessen ihr Leben gestalten wollen, dient der Staat. Und hier ordnet er sein Tun auch dem seiner Bürger unter. Für Helmut Ortner kommt diese Unterordnung in religiösen Fragen einer Selbstaufgabe des Staates gleich. Das muss er so sehen, weil er den Staat und seine Bürokratie als letzt- und alleinverantwortlich für die Geschicke seiner Bürger hält. Die Einwohner eines solches Staates, wie Helmut Ortner ihn skizziert, wären aber nicht Bürger geheißen, sondern Untertanen. Ein merowingischer König, sein Name ist mir entfallen, wurde von Teilen seines Hofes gedrängt, die Juden in seinem Herrschaftsgebiet mit Zwang zu taufen. Der König soll abgelehnt haben mit dem Satz *„religionem imperare non possumus“*, was heißt, dass der König nicht die Religion seiner Untertanen anordnen kann. Dieser für unsere Gegenwart anschlussfähige Satz beschreibt das Dilemma, in dem wir uns befinden und das bei Helmut Ortner richtig erfasst wird. Der Staat hat keine Religion, wohl aber existieren in seinem Herrschaftsbereich, im Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland, verschiedene Religionsgemeinschaften, denen sich nach wie vor sehr viele Einwohner des Landes in der einen oder anderen Weise verpflichtet fühlen. Religion ist ein starkes Movens der menschlichen Person, weswegen die Belange des Glaubens in der kleinstmöglichen Einheit der staatlichen Verwaltung verhandelt werden. Die Kultusministerien (mit *„cultus“* war seinerzeit nicht nur Schule gemeint) regeln auf Länderebene,

was die Bundesebene nicht bedienen kann: Zu zerklüftet ist die religiöse Landschaft der Republik, von einem katholischen Süden über einen protestantischen Norden und einen gottlosen Osten. Dazwischen gibt es große und kleine islamische Gemeinden und es gibt die jüdische Kultusgemeinschaft.

#### **Gott verschwindet nicht aus der Politik**

Ein Bürger des Landes fühlt sich als Rheinhesse und Protestant, als Hamburger und Segler, als Bayer und Biertrinker. Der Staat kann sich gegen diese Äußerungen des Selbst seiner Glieder nicht wehren – er darf es auch nicht. Es ist völlig einleuchtend, den Bischof von Mainz oder den Ratsvorsitzenden der EKD als Schlichter und Richter in bestimmten Fragen von gesellschaftlichem Belang zu bestimmen, ohne dass die öffentliche Ordnung auseinanderfliegt. Das gilt ebenso für Imame oder Rabbiner. Es gibt in vielen Bereichen der Gesellschaft Einzelne, die in ihrer Community hoch im Kurs stehen und die für diese Community im Gespräch mit der Gesamtgesellschaft sind. Das hebt das Gesetz nicht aus den Angeln, sondern lässt die Menschen in der Freiheit ihr Leben leben, die das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland garantiert. Gott verschwindet nicht aus der Politik und schon gar nicht aus der Welt, weil er in unseren Breiten der bekannteste und anerkannteste Platzhalter für die Erkenntnis ist, dass unser menschliches Tun vorläufig ist, niemals perfekt sein kann und anderen außer uns selbst verpflichtet ist: Nicht nur denen, die mit uns leben, sondern auch denen, die vor uns waren und denen, die nach uns kommen. Im Kabinett Schröder II haben „nur“ zwei der vereidigten Minister den Zusatz „so wahr mir Gott helfe“ gebraucht, im aktuellen, so stellt Helmut Ortner mit einigem Graus fest, alle. Zwischen beiden Regierungen liegen nur wenige Jahre. Weder bezeugt das Kabinett Schröder, dass Gott tot ist, noch das aktuelle Kabinett, dass die Rückkehr der Religion Fakt sei. Beide belegen, dass es keine lineare, einspurige – manche könnten sagen einfältige – Sicht auf die Religion gibt.